

Der Beitrag der Wirtschaftswissenschaften zum „Aufbau“ der großen Krise

Stephan Schulmeister

In: Washietl, E., Pfisterer, E. (Hrsg.), *Gerechtigkeit - um die rechte Führung des Lebens*, LIT-Verlag, 2009.

Die neue Weltwirtschaftskrise wurde nicht durch eine Folge schwerer „Betriebsunfälle“ im Finanzsektor verursacht („menschliches Versagen“), sie hat vielmehr „systemischen“ Charakter und markiert den Anfang vom Ende des Finanzkapitalismus. Dabei verstehe ich unter „Finanzkapitalismus“ jene Erscheinungsform einer kapitalistischen Marktwirtschaft, welche die vergangenen 35 Jahre zunehmend prägte. Ihre wichtigsten Komponenten – neoliberale Wirtschaftstheorie, Vorrang für den Geldwert, Liberalisierung der Finanzmärkte, Regulierung der Wirtschaftspolitik, Teilprivatisierung des Pensionssystems – basieren auf der großen Illusion „Lassen Sie Ihr Geld arbeiten“. Diese „selbsterstörende“ Losung des Finanzkapitalismus hat durch verschiedene, miteinander verbundene Prozesse jenes Potenzial aufgestaut, das sich in der Krise entlädt.

Den wichtigsten ideologischen Beitrag zu diesem Prozess des „Krisenaufbaus“ leistete die in den vergangenen Jahrzehnten dominante Richtung der Wirtschaftswissenschaften, der Neoliberalismus bzw. Monetarismus

1. Die „gängige“ Erklärung der Finanzkrise

Die „gängige“ Erklärung der aktuellen Finanzkrise lässt sich so zusammenfassen: Geldgierige, zumindest aber verantwortungslose Bankmanager in den USA haben seit Jahren in gewaltigem Umfang Hypothekarkredite an nahezu mittellose „Häuslbauer“ vergeben. Dabei ging man davon aus, dass der Boom der Immobilienpreise weitergehen und so den Wert des Pfandes stetig steigern würde. Sicherheitshalber behielten die Banken diese Kredite nicht, sondern bündelten sie zu (hybriden) Wertpapieren, welche weltweit verkauft wurden („mortgage backed securities“ – MBS). Gefördert wurde dieses Spiel durch die vom (damaligen) US-Notenbankchef Greenspan zwischen 2002

und 2004 extrem niedrig gehaltenen Zinsen. Überdies wurden die „Möchtegern-Hausbesitzer“ durch spezielle Kreditkonditionen geködert: In den ersten 2 bis 3 Jahren waren fast keine Zinszahlungen zu leisten, danach sollte der Zins auf ein markant über dem Marktzins liegendes Niveau springen.

Der so inszenierte Bauboom trug wesentlich zum kräftigen Konjunkturaufschwung in den USA bei. Dies veranlasste die Notenbank, die Leitzinsen ab 2004 stetig zu erhöhen, der Boom der Immobilienpreise schwächte sich ab, 2007 begannen sie zu sinken. Gleichzeitig setzte für immer mehr Häuslbauer die Hochzinsphase ihres Kredits ein. Folge: Millionen Hausbesitzer wurden zahlungsfähig und delogiert, die Wertpapiere (MBS) wurden größtenteils wertlos, ihre Inhaber (Banken, Versicherungen, Hedge Funds) erlitten enorme Bewertungsverluste. Diese wurden mit Ausbreitung der Insolvenzwelle immer größer.

Die Kreditkrise weitete sich zu einer Vertrauenskrise im globalen Finanzsystem aus, da niemand wusste, wer wie viele „Ramschpapiere“ hielt. Die Notenbanken sprangen ein und halfen mit Liquiditätsspritzen in gigantischem Ausmaß, ein Großteil des kurzfristigen Kreditgeschäfts läuft nicht mehr zwischen den Banken, sondern über die Notenbank. Dennoch wurde die Bonität von immer mehr (Groß)Banken in Mitleidenschaft gezogen, im März 2008 konnte die Investmentbank „Bear Stearns“ nur knapp gerettet werden, im September verschärfte sich die Krise dramatisch, insbesondere nach der Pleite von Lehman Brothers. Andere Finanzinstitute konnten in der Folge nur durch (Teil)Verstaatlichung erhalten werden.

Trotz fortgesetzter Zinssenkungen der US-Notenbank und massiver Liquiditätsspritzen stiegen die Geldmarktzinsen an und lagen mitunter um 4 Prozentpunkte über dem Leitzins. Gleichzeitig wurde es auch für Unternehmen immer schwerer, einen Bankkredit zu bekommen. Auf diese Weise erfasste die Finanzkrise auch die Realwirtschaft, eine schwere Rezession 2009 wurde unausweichlich.

Diese Erklärung stellt eine Symptomdiagnose dar, ihr entspricht die Symptomkur: Faule Kredite „entsorgen“, Liquidität bereitstellen, den Banken Eigenkapital zuführen, an diese appellieren, einander wieder Vertrauen zu schenken und mehr Kredite zu vergeben. Eine solche Aufforderung trifft nicht den Kern des Problems, ist doch die Nachfrage nach Krediten dramatisch gesunken. Dies spiegelt den gleichzeitigen und globalen Rückgang der Konsum- und Investitionsbereitschaft wider. Was aber steckt dahinter?

2. Der langfristige Pfad zur Krise

Tatsächlich ist die neue Weltwirtschaftskrise das „Endprodukt“ des Wandels von realkapitalistischen zu finanzkapitalistischen Rahmenbedingungen. Dieser Wandel hat in den vergangenen 35 Jahren das Gewinnstreben immer stärker von realwirtschaftlichen Aktivitäten zu Finanzveranlagung und -spekulation verlagert. Die wichtigsten Etappen dieses Transformationsprozesses lassen sich wie folgt zusammenfassen:

- Die Aufgabe des Systems fester Wechselkurse (1971), die beiden massiven Entwertungen des Dollars (1971/73 sowie 1977/79) und die dadurch mitverursachten „Ölpreisschocks“ (Erdöl notiert wie all Rohstoffe in Dollar) waren die wichtigsten Gründe für die beiden ersten Rezessionen 1974/75 und 1980/82 (Abbildung 8).
- Während die Unsicherheit hinsichtlich der Profitabilität von Realinvestitionen (und realwirtschaftlicher Aktivitäten im Allgemeinen) stieg, nahmen gleichzeitig die Spekulationschancen auf den Devisen- und Rohstoffterminkmärkten zu.
- Als Folge der „Ölpreisschocks“ und damit indirekt der Aufgabe fester Wechselkurse beschleunigte sich die Inflation, Ende der 1970er Jahre begannen die wichtigsten Notenbanken eine extreme Hochzinspolitik zu praktizieren. Seither liegt der Realzins Europa nahezu permanent über der Wachstumsrate, vor 1980 war er immer niedriger gewesen (Abbildung 7).
- Der Übergang zu einem positiven Zins-Wachstums-Differential verschob das unternehmerische Gewinnstreben weiter von der Realkapitalbildung zu Finanzveranlagung und -spekulation. Dies wurde durch den seit den 1980er Jahren anhaltenden Boom von Finanzinnovationen (Derivate) gefördert (Abbildung 3).
- Der 1982 einsetzende Aktienboom förderte die Spekulationsfreude, zumal die Umstellung der Pensionssysteme in den USA dem Boom einen „langen Atem“ gab (er dauerte fast 19 Jahre – Abbildung 1).
- Die wichtigsten Preise wie Wechselkurse, Rohstoffpreise und Aktienkurse wurden destabilisiert, sie schwankten in einer Abfolge von „bull markets“ und „bear markets“ um ihre fundamentalen Gleichgewichtswerte (Abbildungen 1, 4, 5).
- Bei zunehmender Unsicherheit realwirtschaftlicher Transaktionen und steigender Gewinnchancen (kurzfristiger) Finanzspekulation verlagerten (Industrie)Unternehmen ihre Aktivitäten von Real- zu Finanzinvestitionen.
- Dadurch musste das Wirtschaftswachstum nachhaltig sinken, Arbeitslosigkeit und Staatsverschuldung nahmen zu (Abbildung 7), Die

Sparpolitik der 1990er Jahre dämpfte das Wachstum weiter, und reduzierte insbesondere die Pensionsleistungen des Sozialstaats. Für die Förderung der kapital-„gedeckten“ Altersvorsorge war hingegen genug Steuergeld vorhanden.

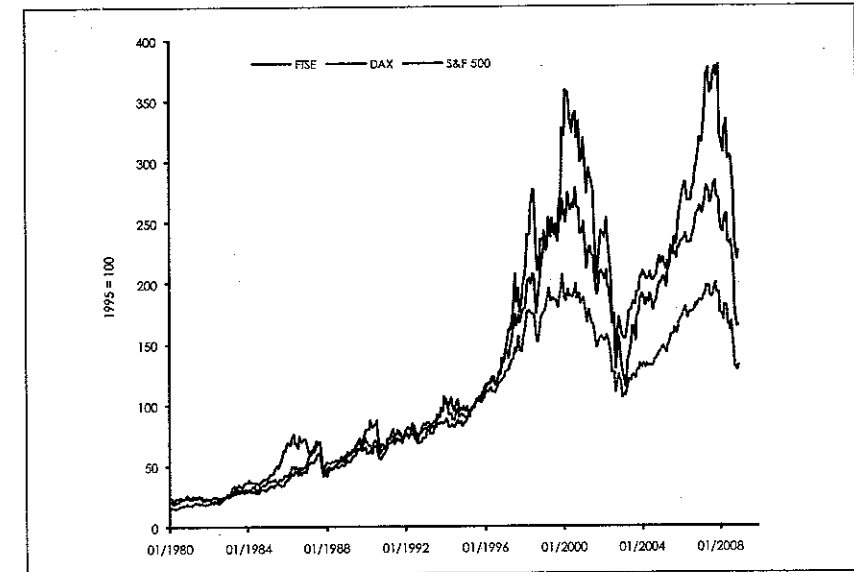
- Also sollten auch die Normalbürger ihr Geld arbeiten lassen, insbesondere für das Alter. Überdies zeigten die Banken ihren Kunden, wie das Geld auch für die (relativ) „kleinen Leute“ durch allerlei Finanzinvestitionen arbeiten kann, statt auf Sparbüchern zu ruhen.
- In den 1990er Jahren ist daher die Renditeansprüchlichkeit enorm gestiegen: Die Realwirtschaft wuchs in Europa kaum noch, aber das Finanzkapital sollte zumindest 10% abwerfen.

Und lange Zeit schien es, als könne das Geld wirklich arbeiten: So waren auf den Aktienmärkten der 1990er Jahre Durchschnittsrenditen von etwa 20% zu holen; immer mehr Unternehmen, Pensionsfonds, Hedge Funds und Private ließen ihr Geld am Aktienmarkt arbeiten, die Kurse stiegen enorm. Die Diskrepanz zwischen Börsenwert und tatsächlichem Wert der Unternehmen vergrößerte sich stetig. Das (Pyramiden)Spiel „Der Unternehmen neue Kleider“ musste enden, und zwar wie immer abrupt (Aktiencrash 2000/2003).

Zwischen 2003 und 2007 gelang noch ein Aktienbubble (Abbildung 1), in Europa durch die weitere Verunsicherung über die Systeme der sozialen Sicherheit gefördert (Expansion der Pensionsfonds). In den USA begann der Immobilienbubble eine viel größere Rolle zu spielen, Geld arbeitete nun in Form einer Höherbewertung von Häusern. Die „Geldvermehrter“ nützten dies zur Schaffung neuen Finanzkapitals in Form von Krediten an nahezu Mittellose: die steigenden Häuserpreise würden die Rückzahlung schon übernehmen. Als diese sich verweigerten und fielen, wurden die zu „Wert“papieren gebündelten Hypothekarkredite wertlos (Sommer 2007).

Daraufhin stürzten sich die „Geldvermehrter“ auf Rohstoffderivate, der letzte große „bubble“ setzte ein, die Preise von Rohöl, Weizen, Mais, Reis und sonstigen Rohstoffen explodierten, zwar nahm der Hunger zu, aber das Geld arbeitete wenigstens noch einmal kräftig. Mit dem Verfall der Rohstoffpreise seit Mitte 2008 hat es sich „ausgebubbelt“. Hauptgrund: In der Frühphase von „bubbles“ steigen die Profis ein, je länger er dauert, desto mehr steigen wieder aus. Aufrechterhalten wird die Höherbewertung von Aktien oder Rohstoffen durch den Zufluss von „frischem Blut“, also dem (verspäteten) Einstieg der Amateure (so haben österreichische Banken noch im Frühjahr 2008 für Rohstofffonds geworben). Versiegt der Zustrom der Amateurgelder, dann kippt der „bubble“ bald (jener der Rohstoffe Mitte 2008).

Abbildung 1: Aktienkurse in Deutschland, Großbritannien und den USA



Quelle: Yahoo Finance (<http://de.finance.yahoo.com/m8>)

Seit dem Sommer 2008 setzt sich der Prozess der Entwertung des Aktien- und Immobilienvermögens fort und wird zusätzlich durch die Entwertung des Rohstoffvermögens verstärkt (Spekulation auf fallende Preise beschleunigte diesen Prozess und brachte den „trend-followers“ höhere Gewinne als je zuvor). Dieser dreifache Entwertungsprozess bedeutet die „Schubumkehr“ der dreifachen Vermögensaufwertung durch die vorangegangenen Booms von Immobilienpreisen, Aktienkursen und Rohstoffpreisen, er stellt das „dynamische Epizentrum“ der Krise dar, seine Wellen verstärken sich wechselseitig und werden die Realwirtschaft im Jahr 2009 voll erfassen.

3. Die Komponenten des „Aufbaus“ der Krise

Der „systemische“ Charakter der Krise wird deutlich, wenn man die wichtigsten Teilprozesse betrachtet, deren Zusammenwirken das „Krisenpotenzial“ aufgebaut hat

Krisenkomponente 1: Der bereits Ende der 1990er Jahre einsetzende Boom der Immobilienpreise in den USA schuf die Voraussetzung für ihren unvermeidlichen Verfall. Dieser Boom wurde (lediglich) zwischen 2002 und

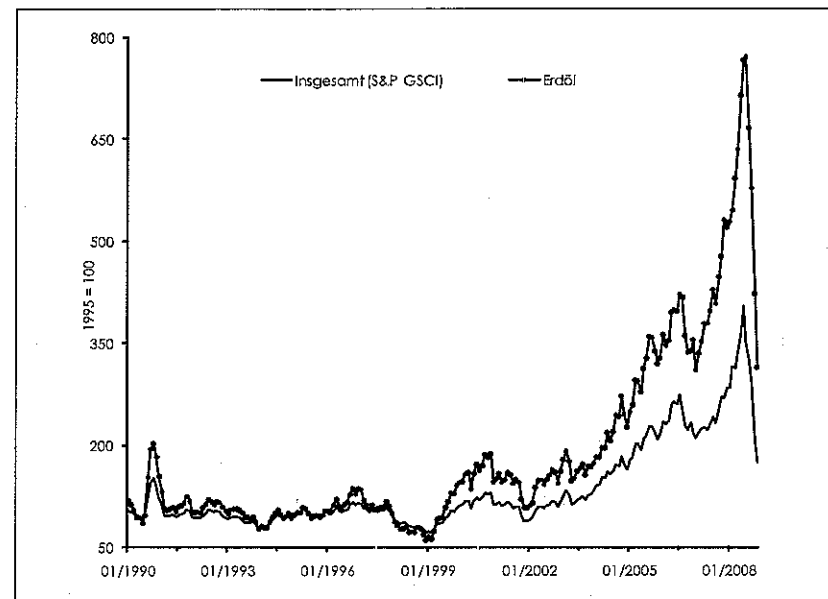
2004 durch die Niedrigzinspolitik gefördert (Abbildung 4), wichtiger war die Finanzierung von Hausbauten nahezu Mittelloser mit Hilfe der „subprime mortgages“. Diese war auch systemisch bedingt: Der im Frühjahr 2003 (neuerlich) einsetzende Aktienboom (Abbildung 1) verursachte eine stetige Aufblähung des Eigenkapitals des Finanzsektors, da seine Aktiva (eben auch Aktien) zu laufenden Kursen bilanziert werden („fair-value-Prinzip“). Strebt nun eine Bank danach, ihren „Leverage“ konstant zu halten, also jenes Vielfache des Eigenkapitals, das veranlagt wird, so muss sie permanent mehr „Geld arbeiten lassen“. Eine Möglichkeit war die Ausweitung von Hypothekarkrediten bzw. der Erwerb von „mortgage backed securities“ (eine andere war die stete Ausweitung der Kredite an Inhaber von Kreditkarten – in den USA eine zusätzliche Komponente der Krise).

Krisenkomponente 2: Die wichtigste „systemische“ Ursache für den weltweiten Vertrieb der „mortgage backed securities“ liegt in den gigantischen Dollarforderungen gegenüber den USA, die dort profitabel veranlagt werden müssen. Dieser Dollarberg ist wiederum Folge des permanenten Leistungsbilanzdefizits der USA. Dieses können sie sich nur deshalb leisten, weil der Dollar nicht nur die nationale Währung der USA, sondern gleichzeitig die globale Leitwährung darstellt (Schulmeister, 2000): Die USA können als einziges Land ihr Leistungsbilanzdefizit in eigener Währung finanzieren, sie sind nicht von ausländischem Kapital abhängig, sondern bezahlen ihre Importe einfach in Dollars und diese können sie unbeschränkt produzieren. Jeder Exporteur akzeptiert sie gerne, er kann sie ja sofort in eine andere Währung konvertieren, irgendwer bleibt freilich auf den Dollars sitzen und muss sie „arbeiten lassen“, etwa in hochverzinslichen „mortgage backed securities“.

Krisenkomponente 3: Der weltweite Boom der Aktienkurse zwischen 2003 und 2007 baute ein enormes „Absturzpotezial“ auf. Da in Europa das Geld für die Altersvorsorge zunehmend auf der Börse arbeiten sollte, fiel der Kursanstieg auf europäischen Börsen viel stärker als in den USA (in den USA hatte man die Altersvorsorge schon in den 1980er Jahren auf die Kapital„deckung“ umgestellt). So etwa stieg der DAX in vier Jahren auf mehr als das Dreifache, der ATX sogar fast auf das Fünffache. Dazu hat die mit der staatlichen Förderung der „Zukunftsvorsorge“ verbundene Verpflichtung, 40% des Kapitals de facto an der Wiener Börse zu veranlagen, wesentlich beigetragen (dementsprechend stark wurde das Absturzpotezial des ATX aufgeblasen). Der globale Aktienboom wurde durch eine fast „explosive“ Zunahmen kurzfristiger Spekulation mit Aktienderivaten verstärkt (Abbildung 3): Der Großteil des Handels entfällt auf „Systemspieler“, welche auf Basis „technischer Modelle“ auf Kursschübe aufspringen.

Krisenkomponente 4: Der Anstieg der Zinsen und der Rückgang der Immobilienpreise lösten im Sommer 2007 die Kreditkrise aus, sie erfasste zunächst Häuslbauer sowie Banken in den USA und weitete sich rasch zu einer globalen Finanzkrise aus (das Kernstück der „gängigen“ Erklärung)

Abbildung 2: Rohstoffpreise



Quelle: Yahoo Finance (<http://de.finance.yahoo.com/m8>). IMF.

Krisenkomponente 5: Um sich für ihre Verluste aus der Hypothekenkrise zu entschädigen, ließen Hedge Funds und Banken wie Goldman Sachs, Morgan Stanley oder die Deutsche Bank ab September 2007 ihr Geld auf den Märkten für Rohstoffderivaten „arbeiten“. Der letzte große Boom setzte ein, die Preise von Rohöl, Weizen, Mais, Reis und sonstigen Rohstoffen explodierten, bis Mitte 2008 stiegen sie im Durchschnitt auf das Doppelte (Abbildung 2). Gleichzeitig machten die Finanzinvestoren exorbitante Gewinne mit Rohstoffderivaten (Schulmeister, 2009). Diese Entwicklung erhöhte das Absturzpotezial der Rohstoffpreise, beschleunigte den Preisauftrieb und verschlechterte die Konjunkturerwartungen.

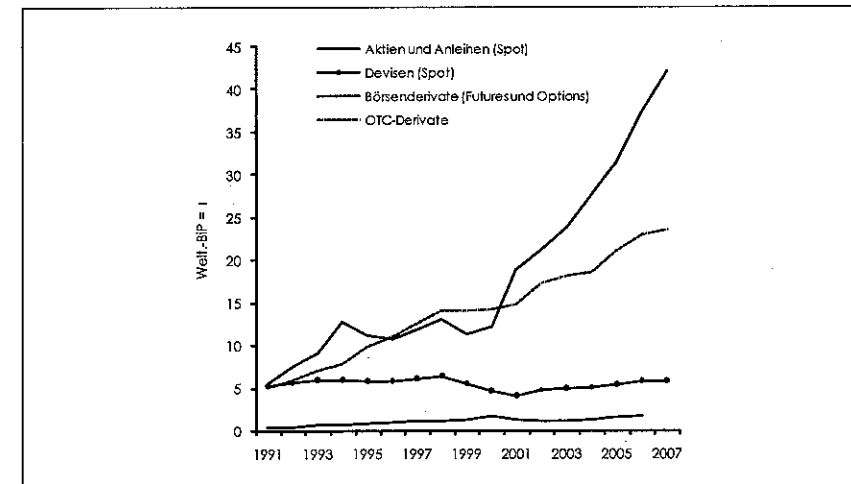
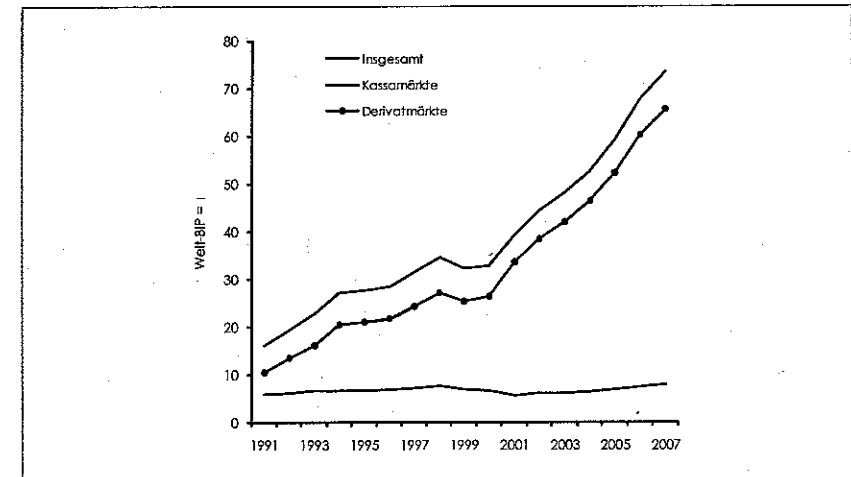
Krisenkomponente 6: Darauf senkte die US-Notenbank die Zinsen markant, während die Europäische Zentralbank EZB diese im Juli 2008 sogar noch einmal erhöhte. Die EZB glaubt nämlich, man könne eine ausschließlich durch

höhere Rohstoffpreise verursachte Kosteninflation durch Zinssteigerungen bekämpfen. Die Verknüpfung „Wenn höhere Inflation, dann höhere Zinsen“ hat sich so sehr in die Köpfe der Mainstream-Ökonomen eingefressen, dass die Assoziation nahezu automatisch erfolgt. Leider beruht sie auf einem Denkfehler: Jede Zinserhöhung steigert die Zinskosten überproportional, und den Preisaufrtrieb durch Kostensteigerungen zu bekämpfen ist offensichtlich kontraproduktiv (Schulmeister, 1996). Dazu die Empirie: Zwischen Ende 2005 und Mitte 2008 hat die EZB den Leitzins um 2,25 Prozentpunkte erhöht. In Deutschland stiegen dadurch die Zinszahlungen von Unternehmen und Haushalten um etwa 60% oder fast 70 Mrd. €, also im Ausmaß von 3% des BIP.

Krisenkomponente 7: Die unterschiedliche Zinspolitik trug dazu bei, dass der Eurokurs zwischen August 2007 und Juli 2008 von 1,35 \$ auf 1,60 \$ stieg. Dies sowie die von der EZB hoch gehaltenen Zinsen verschlechterten die Konjunkturaussichten in Europa stärker als in den USA (zusätzlich verstärkte die Dollarabwertung den Rohstoffpreisboom). Als die EZB Anfang Juli die Zinsen nochmals erhöhte, begannen selbst Devisenhändler am konjunkturpolitischen Verstand der EZB zu zweifeln: Der Wechselkurs des Euro sank bis Ende Oktober auf 1,25 \$. Wie zuvor die Bergfahrt wurde auch die Talfahrt durch „trend-following trading systems“ der professionellen Systemspieler verstärkt. Mit der Aufwertung des Dollar begann der Zusammenbruch der – in Dollar notierenden – Rohstoffpreise: Sie sind seit Mitte 2008 um nahezu 60% gefallen (Abbildungen 2).

Krisenkomponente 8: Im Sommer 2008 verschärfte sich die Kreditkrise dramatisch, die Banken liehen einander kein Geld mehr, als Folge stieg der für die Weltwirtschaft insgesamt wichtigste Zinssatz, der LIBOR (der Dollarzins für Interbankkredite in London), drastisch an. Im Oktober 2008 lag der LIBOR bei 5,3% und damit um etwa 3 Prozentpunkte über dem US-Leitzins (ähnliches gilt für den EURIBOR). Nachdem der Staat die Investmentbank Merrill Lynch sowie die Hypothekenbanken Fannie Mae und Freddie Mac gerettet hatte, wollte man bei Lehman Brothers ein Exempel statuieren und ließ diese Bank pleite gehen. Am nächsten Tag wäre der größte US-Versicherungskonzern, AIG, ebenfalls in Konkurs gegangen. Denn er hatte für Schulden von Lehman die Haftung übernommen, und zwar durch „credit derivatives swaps“. Mit einer solchen „Wette“ garantiert eine Partei A gegen eine Prämie einer Partei die Einbringlichkeit einer Forderung. Das Volumen dieser Swaps war auf etwa 65.000 Mrd. \$ angeschwollen. Die Furcht von einem Zusammenbruch des gigantischen Kartenhauses löste Panik auf den Aktienmärkten aus, seit Ende September brachen die Kurse um etwa 40% ein, in Wien sogar um mehr als 50%.

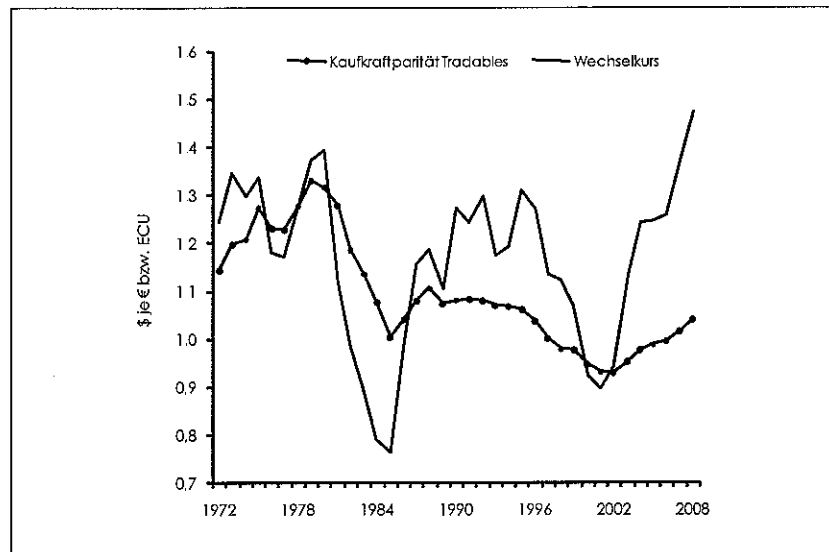
Abbildung 3: Transaktionsvolumen auf den globalen Finanzmärkten



Quelle: BIZ WFE WIFO

Krisenkomponente 9: Kredite an „emerging markets“ in Osteuropa oder in den Entwicklungsländern sind zu einem großen Teil Dollarkredite, deren Verzinsung an den LIBOR gebunden ist (plus Aufschläge). Durch den Anstieg des LIBOR und die Aufwertung des Dollar haben sich die Kosten dieser Kredite dramatisch erhöht. Dies wird gemeinsam mit dem Zusammenbruch der Rohstoffpreise die Importnachfrage dieser Länder massiv schrumpfen lassen, eine erhoffte Stütze der Weltwirtschaft knickt ein. In Osteuropa kam zur „Aufwertung“ der realen Last einer Auslandsschuld eine „Aufwertung“ von Inlandsschulden: In vielen Ländern haben Banken (zumeist „Töchter“ österreichischer Banken) Fremdwährungskredite an inländische Unternehmen und Haushalte gegeben. Deren reale Last ist durch die massive Abwertung aller osteuropäischen Währungen enorm gestiegen. Dies wird den „Fäulnisprozess“ der in Osteuropa aushaftenden Kredite verstärken, was wiederum die Währungen dieser Länder weiter schwächen wird.

Abbildung 4: Wechselkurs und Kaufkraftparität



Quelle: OECD, WIFO, Schulmeister (2005).

Krisenkomponente 10: Seit Mitte 2008 verfallen gleichzeitig Immobilienpreise, Aktienkurse und Rohstoffpreise, und zwar in einem viel rascheren Tempo als nach dem „Schwarzen Freitag“ im Oktober 1929: Die Aktienkurse sind in 11 Monaten weltweit um mehr als 50% gefallen, die Rohstoffpreise in 4 Monaten um etwa 60%. Dieser Entwertungsprozess lässt gemeinsam

mit dem Verfall der Immobilienpreise große Teile des Vermögens von Haushalten, Unternehmen, Banken und Entwicklungsländern wegschmelzen, er stellt das „dynamische Epizentrum“ der Krise dar. Der wichtigste Beschleunigungsfaktor des Entwertungsprozesses ist die Spekulation auf fallende Aktienkurse und Rohstoffpreise auf den Derivatmärkten: Hedge Funds, Banken und sonstige „Systemspieler“ gehen „short positions“ ein (meist durch Verkauf von Futures). Die Exekution der Verkaufssignale treibt die Kurse nach unten. Das Geschäft ist enorm profitabel: Die Performance von Hedge Funds, welche auf „trend-following trading strategies“ spezialisiert sind, war noch nie auch nur annähernd so hoch wie 2008 (die Netto-Rendite für Anleger – nach Abzug der erheblichen Spesen der Hedge Funds – lag im Durchschnitt von 17 Fonds bei 60%).

Die Entwertung der Aktien-, Immobilien und Rohstoffvermögen markiert den Kontrapunkt zur Losung „Lassen Sie Ihr Geld arbeiten“, die „Schubumkehr“ der Triebkraft des Finanzkapitalismus leitet das Ende dieser Ausprägung einer kapitalistischen Marktwirtschaft ein. Der Übergang zu einer neuen Wirtschaftsordnung, deren Rahmenbedingungen (Anreizsysteme) das Gewinnstreben auf realwirtschaftliche Aktivitäten lenken, wird mehrere (vermutlich viele) Jahre dauern. Denn jene Ideologie, welche den Finanzkapitalismus wissenschaftlich legitimiert, der Neoliberalismus, wurde in den letzten drei Jahrzehnten zum gesellschaftspolitischen Paradigma. Seine Hegemonie über die Köpfe der Eliten in Wirtschaftswissenschaft, Medien und Politik kann nur in einem langwierigen Rückzugsprozess überwunden werden. Dies kommt in der Wahrnehmung und Interpretation der Finanzkrise zum Ausdruck – und damit darin, welche Ursachen ausgeblendet werden.

4. Symptomdiagnosen der Krise und die Ausblendung ihrer systemischen Ursachen

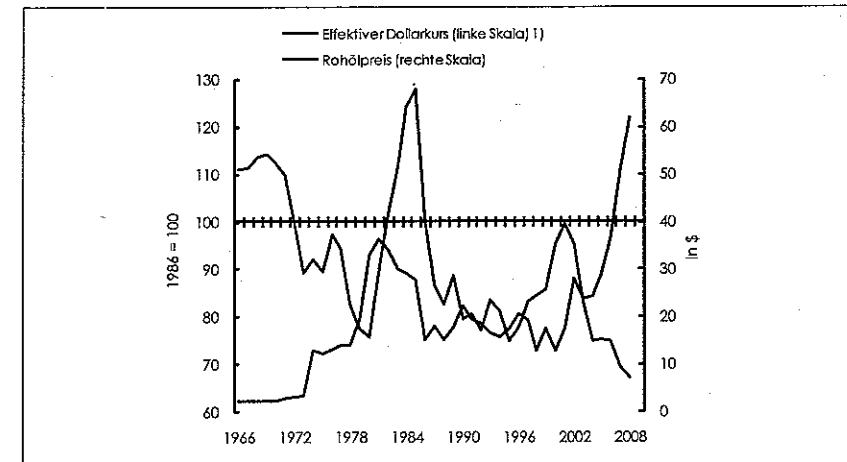
Es ist ein charakteristisches Merkmal der neoliberalen Weltanschauung, dass sie sich an den Grundsatz hält „Wo ein Problem in Erscheinung tritt, dort müssen auch seine (Haupt)Ursachen liegen“. Wenn etwa das Budgetdefizit steigt, sind daran der Finanzminister bzw. die Regierung schuld (auf dieser „Diagnose“ basieren so wichtige Konzepte wie jenes der Maastricht-Kriterien sowie die entsprechenden sparpolitischen Symptomkuren). Wenn die Arbeitslosigkeit steigt, so müssen die Ursachen am Arbeitsmarkt liegen, sei es an zu hohen Löhnen, Arbeitslosengeldern oder zu starker Regulierung (darauf basieren diverse „Reformen“ wie etwa Hartz IV in Deutschland).

Auch die „gängige“ Wahrnehmung und Diagnose der großen Krise konzentriert sich auf jenen Bereich, wo sie in Erscheinung trat, also auf die Banken, ihre fahrlässige Kreditvergabe, die Profitgier ihrer Manager sowie auf die Förderung dieses (Fehl)Verhaltens durch die viel zu expansive Zinspolitik von US-Notenbankchef Greenspan und generell durch unzureichende staatliche Regulierung. Betont wird also in erster Linie „menschliches Versagen“ im Bankensektor und in der Politik, die Möglichkeit eines „Systemversagens“ wird nur am Rande in Erwägung gezogen, etwa im Zusammenhang mit der „fair-value“-Bilanzierung.

Folgerichtig werden von den oben angeführten 10 Krisenkomponenten lediglich die in den Komponenten 1, 4 und 8 skizzierten Entwicklungen (teilweise) als Krisenursachen begriffen. Unbeachtet bleiben folgende Entwicklungen:

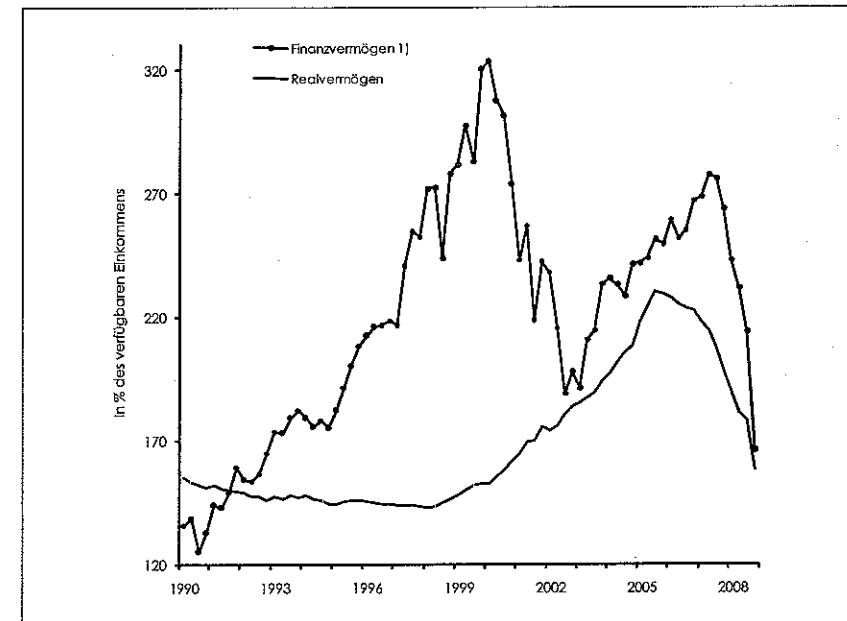
- Der Boom der Aktienkurse und Rohstoffpreise, welcher ein enormes Absturzpotenzial aufbaute sowie die Aufwertung des Euro bis Mitte 2008 und die nachfolgende Abwertung (ausgeblendet bleiben die „manisch-depressiven“ Schwankungen der wichtigsten Preise in der Weltwirtschaft und ihre Bestimmungsfaktoren).
- Die dramatische Zunahme kurzfristiger Spekulation mit Finanzderivaten, insbesondere die geradezu groteske Expansion des Börschandels mit solchen „Wettscheinen“ (ausgeblendet bleibt die Treibkraft der Instabilität der „asset prices“).
- Die kontraproduktive Zinspolitik der EZB und ihre auf Denkfehlern beruhende theoretische Grundlage (ausgeblendet bleiben die wachstumsdämpfenden Effekte eines nahezu permanent positiven Zins-Wachstums-Differentials in großen Volkswirtschaften wie Deutschland).
- Die „Verwandlung“ der (großen) Banken – exemplarisch die Deutsche Bank – von „Dienern der Realwirtschaft“ zu „Finanzalchemisten“ (ausgeblendet bleiben die realwirtschaftlichen Effekte der Propagierung von Finanzveranlagung und -spekulation durch Banken und Hedge Funds, insbesondere gegenüber nicht-finanziellen Konzernen, aber auch gegenüber „kleinen“ Amateuren).
- Die Illusion des „Lassen sie Ihr Geld arbeiten“ und die Schäden, welche durch diese Losung angerichtet wurden (ausgeblendet bleiben nicht nur Fehlkonstruktionen wie die kapitalgedeckte Altersvorsorge, die Tilgungsträger der Häuslbauer und die meisten Finanzinnovationen, sondern generell die Verlagerung des Gewinnstrebens von der Real- zur Finanzakkumulation und ihre Folgen für Wachstum, Arbeitslosigkeit und Staatsverschuldung).

Abbildung 5: Rohölpreisschwankungen und Dollarkurs



Quelle: OECD WIFO – 1) Gegenüber DM Französischem Franc Pfund Yen

Abbildung 6: Vermögen der privaten Haushalte in den USA



Quelle: Federal Reserve Board OEF – 1) Aktien, Investmentfonds, Pensionfonds.

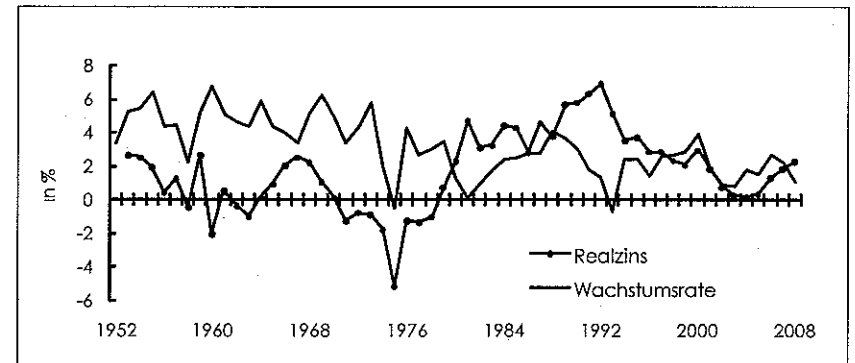
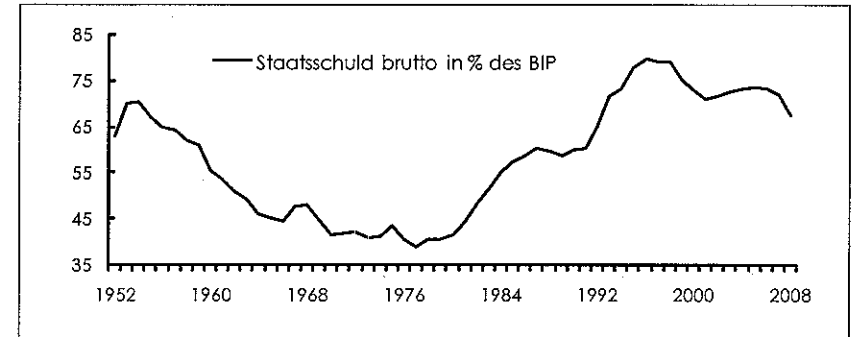
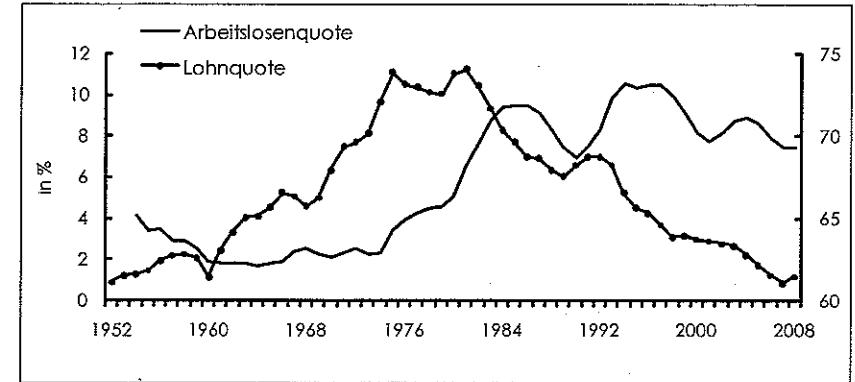
Der wichtigste Grund, warum diese Krisenkomponenten nicht wahr genommen werden, liegt in der (vorbewussten und verständlichen) Vermeidung kognitiver Dissonanzen durch die Eliten. Würden sie sich ihnen aussetzen, so müssten etwa Wirtschaftswissenschaftler folgende Hypothese prüfen: Märkte, welche dem optimalen Markt der Theorie am nächsten kommen, nämlich jene für Finanzderivate, produzieren systematisch „manisch-depressive“ Schwankungen der Wechselkurse, Zinssätze, Aktienkurse und Rohstoffpreise, also falsche Preissignale. Dann aber würde das gesamte Weltbild ins Wanken geraten, das man in den letzten drei Jahrzehnten mit großer Mühe restauriert hatte. Politiker müssten sich fragen, ob sie nicht gravierende Fehler gemacht haben, indem sie sich an simplen Losungen wie „Mehr privat, weniger Staat“ oder „Der Markt hat immer Recht“ orientierten, Fehler, für die Schwächere nun zahlen müssen. Und Journalisten müssten sich fragen, ob sie nicht diese fahrlässige Politik gefördert haben, indem sie der Mode der Wirtschaftswissenschaften folgten.

Um sich dieser Mühsal auszusetzen, ist die Krise noch nicht schwer genug. Und selbst wenn sie sich vertieft: Der Problemdruck, der ein Nachdenken befördert, tritt bei anderen auf, nicht bei jenen, deren Nachdenken eine radikale Überwindung des neoliberalen Weltbilds ermöglichen könnte. Also suchen die Mainstream-Ökonomen nach Krisenursachen, welche dem Staat zugeschoben werden können: Er sei schuld an der Krise, weil er den Finanzsektor nicht wirksam reguliert hätte, oder weil er in Gestalt des Notenbankchefs Greenspan das Geld zu billig gemacht hätte, oder weil der Sozialstaat und die Gewerkschaften ... Auch von der „heilenden Kraft“ von Krisen ist wieder die Rede, oder von der Zuversicht, dass es bald wieder aufwärts gehen würde. All dies hat Ähnlichkeiten mit dem Legitimationsgefasel der damaligen Mainstream-Ökonomen zwischen 1930 und 1936.

Das Haupthindernis einer raschen Überwindung der Krise liegt also in den Köpfen der „Experten“: Je stärker die „Beharrungstendenz ihres Meinungssystems“ und je fester ihr Glaube an die „kunstvoll ausgedachte Harmonie der Täuschungen“, desto länger wird die Krise dauern (diese Begriffe habe ich dem großartigen Essay von Ludvik Fleck, 1935, entnommen). Denn die Politik kann sich nur wenig von jenem Zeitgeist lösen, den Wissenschaft und Medien vertreiben.

Welches sind nun die wichtigsten Komponenten im neoliberalen System der „Harmonie der Täuschungen“?¹

Abbildung 7: Entwicklungstendenzen in den europäischen Industrieländern



Quelle: OECD

¹ Die nachfolgenden Abschnitte wurden aus Schulmeister (2007) übernommen.

5. Wahrnehmungsraster und Forderungen des Neoliberalismus

Folgende Merkmale charakterisieren die neoliberale Weltanschauung, sie stellen gleichzeitig die wichtigsten Annahmen der neoliberalen Wirtschaftstheorien dar:

1. Die treibende Kraft in der Entwicklung der Individuen und in ihrer Interaktion stellt das Streben nach dem (individuellen) Eigennutz dar.
2. Nur die Konkurrenz von Individuen auf Märkten ermöglicht die effiziente Lösung des Problems was wie für wen produziert werden soll, also das gesamtwirtschaftliche Optimum.
3. Die „invisible hand“ der Marktkräfte lässt einen Widerspruch zwischen einzel- und gesamtwirtschaftlichem Kalkül bzw. Ergebnis nicht entstehen, und damit letztlich auch nicht zwischen individuellem Eigennutz und sozialer Verantwortung bzw. zwischen Egoismus und Moral (auch deshalb ist die neoliberale Weltanschauung „oben“ viel beliebter als „unten“).
4. Die neoliberale Wirtschaftstheorie betrachtet die Akteure als rein rationale Maximierer ihrer individuellen Nutzen(funktion), Emotionen als eigenständige „Kräfte“, welche wirtschaftliches Handeln mitbestimmen, werden ausgeblendet
5. Auch die Eigenschaft von Menschen als soziale Wesen, also als Mitglieder sozialer (Sub)Systeme wie Familie, Vereine, Interessensverbände oder des (Sozial)Staates werden nicht berücksichtigt.

Auf Grundlage dieser (eingeschränkten) Sicht und der ihr entsprechenden Annahmen wurden Gleichgewichtsmodelle entwickelt, deren spezifische Konstruktion die Ableitung folgender Schlussfolgerungen ermöglichte, welche neoliberalen Ökonomen als wissenschaftliches Fundament ihrer politischen Hauptforderungen dienen:

1. Der Staat und die Akteure auf freien Märkten sind „Gegner“. Je mehr sich der Staat von sozialen und wirtschaftlichen Tätigkeiten zurückzieht, desto besser für alle
2. Der Primat von Markt/Ökonomie über Staat/Politik impliziert, dass die gesellschaftliche Entwicklung stärker von den (ungleich verteilten) „Geldstimmen“ bestimmt werden soll als durch einen demokratisch legitimierten, politischen Entscheidungsprozess (in dem die Stimmen gleich verteilt sind).
3. Der Staat soll sich jeglicher Eingriffe in das Spiel der Marktkräfte enthalten, im Besonderen wendet sich der Neoliberalismus gegen Vollbeschäftigungspolitik und soziale Sicherungssysteme (Kranken-, Pensions- und Arbeitslosenversicherung).

4. Staatliche Aktivitäten sollen sich auf wenige Ziele beschränken: die innere und äußere Sicherheit als öffentliche Güter, die Stabilität des Geldwerts sowie ein ausgeglichenes Budget und damit stabile Staatsfinanzen.
5. Der Neoliberalismus lehnt jegliche Regulierung der Finanzmärkte ab, die Bildung von Wechselkursen, Rohstoffpreisen, Zinssätzen und Aktienkursen muss den Marktkräften überlassen werden.
6. Der Neoliberalismus lehnt jede Form der Organisation von Interessen durch Verbände (wie Gewerkschaften) ab, und erst recht das Streben nach einem Interessenausgleich durch Korporatismus, insbesondere zwischen den Interessensverbänden von Unternehmern und Arbeitnehmern.
7. Die wichtigsten Ursachen für Arbeitslosigkeit sind ein zu hohes Lohnniveau (einschließlich der Sozialbeiträge als Lohnnebenkosten) sowie die Unterstützungszahlungen für Arbeitslose; somit sind die Gewerkschaften selbst sowie der Sozialstaat die Hauptschuldigen am Anwachsen dieses Problems.
8. Die Hauptursache für die steigende öffentliche Verschuldung ist der „ausufernde“ Sozialstaat; deshalb muss eine erfolgreiche Sparpolitik in erster Linie die Ausgaben für das Gesundheits-, Pensions- und Bildungswesen sowie für die Arbeitslosen kürzen

6. Der Neoliberalismus im Kontext der wirtschaftswissenschaftlichen Schulen

Vereinfachend kann man zwei Grundtypen wirtschaftswissenschaftlicher Schulen unterscheiden, deren Wechsel in der Rolle eines Paradigma die ökonomische Dogmengeschichte prägte:

- Die Laissez-faire-Doktrinen gehen davon aus, dass die unsichtbare Hand des Marktmechanismus die individuellen „Eigennütze“ koordiniert und so ein einzel- und gesamtwirtschaftlich effizientes Ergebnis hervorbringt. Eine kapitalistische Marktwirtschaft wird daher als ein sich selbst stabilisierendes System betrachtet. Das Spektrum der Laissez-faire-Theorien reicht vom klassischen Liberalismus (Adam Smith, David Ricardo, Jean-Baptiste Say, John Stuart Mill) bis zum Neoliberalismus eines Friedman oder Hayek
- Die „Krisentheorien“ gehen davon aus, dass eine kapitalistische Marktwirtschaft auf Grund ihrer Eigendynamik Krisen produziert. Allerdings unterscheiden sich die einzelnen Schulen erheblich. So führt nach Karl Marx der (unversöhnliche) Gegensatz zwischen Kapitalisten und Proletariern unweigerlich zu immer schwereren Krisen

und schließlich zur finalen Überwindung des Kapitalismus. In schroffem Gegensatz dazu hält John M. Keynes den Kapitalismus für ein im Prinzip menschengerechtes Wirtschaftssystem. Allerdings produziert das Bestreben der Rentiers, ihre Vermögen durch Finanzspekulation zu vermehren, notwendig Krisen der Gesamtwirtschaft; diese werden durch eine Sparpolitik nach Laissez-faire-Doktrin zusätzlich verschärft. Deshalb ist es Aufgabe des Staates, die Rentiers und ihre (verdeckten) Interessenvertreter wie die Zentralbanken, in die Schranken zu weisen („Euthanasie der Rentiers“) und Schwankungen der effektiven (privaten) Nachfrage durch eine antizyklische Geld- und Fiskalpolitik zu mildern.

Neoliberale Ideologen berufen sich oft auf die ökonomischen Klassiker, insbesondere auf Adam Smith, so als ob der Neoliberalismus nur eine Fortführung des klassischen Liberalismus wäre. Dies ist unrichtig. Von den oben angeführten fünf Hauptmerkmalen des Neoliberalismus treffen nur die beiden erstgenannten auch auf den klassischen Liberalismus zu: der individuelle Eigennutz als treibende Kraft wirtschaftlicher Dynamik und die effiziente Koordination der „Eigennütze“ durch die „invisible hand“ der Märkte. Ansonsten bestehen geradezu fundamentale Unterschiede (zu den unterschiedlichen Sichtweisen am Beispiel von Smith und Mill einerseits und Hayek andererseits siehe Rothschild, 2004).

Der klassische Liberalismus berücksichtigte die Interessen der Bürger nicht nur als Individuen, sondern auch als soziale Wesen (ausgestattet mit „moral sentiments“), und damit auch als Mitglieder sozialer Gruppen bzw. Klassen, er begriff sich selbst daher als „politische Ökonomie“. Der Neoliberalismus (aner)kennt hingegen Menschen nur in ihrer Eigenschaft als Individuen, er stellt gewissermaßen eine „unpolitische Ökonomie“ dar

Dementsprechend lehnt der Neoliberalismus das Streben nach Zielen jenseits ökonomischer Effizienz, wie etwa nach sozialer Gerechtigkeit, strikt ab. Für den klassischen Liberalismus haben solche Ziele hingegen große Bedeutung. Denn eine Marktwirtschaft kann zwar das Problem ökonomischer Effizienz am besten lösen, nicht aber andere zentrale Fragen der Organisation einer Gesellschaft

Der klassische Liberalismus stellt (sich) diese(n) Fragen, er ist deshalb auch eine „gesellschaftliche Moralphilosophie“. Der Neoliberalismus orientiert sich hingegen an der (vermeintlichen) Wertfreiheit der Naturwissenschaften. Seine Fokussierung auf das durch die Marktprozesse hervorbrachte Faktische lässt Fragen wie etwa „In welcher Gesellschaft wollen wir leben?“ erst gar nicht aufkommen bzw. sinnlos erscheinen. Dementsprechend ist wirtschaftliche Entwicklung im neoliberalen Weltbild in hohem

Maß Resultat sozialdarwinistischer Selektion der Tüchtigeren. Eine andere soziale Welt als die von neoliberalen Grundsätzen geprägte kann/darf nicht gedacht und schon gar nicht konstruktivistisch angestrebt werden: „There is no alternative“ (TINA).

Allgemein lässt sich das Spektrum wirtschaftswissenschaftlicher Schulen durch zwei Pole umreißen. Diese werden durch die Antworten auf drei Grundfragen charakterisiert: Welches Menschenbild liegt der Theorie zugrunde? Wo werden die Weichen für gesellschaftliche Prozesse gestellt („Entscheidungszentrum“)? Welches ist das wichtigste Medium, durch das gesellschaftliche Macht ausgeübt wird?

Der eine (kapitalistisch-marktwirtschaftliche) Pol ist dadurch gekennzeichnet, dass die Menschen nur in ihrer Eigenschaft als Individuen wahrgenommen werden, dass nicht nur die ökonomische, sondern auch die soziale und politische Entwicklung durch Marktprozesse geprägt werden, und dass deshalb der Besitz von Vermögen („Geldstimmen“) zum wichtigsten Medium der Machtausübung wird. Der staats(plan)wirtschaftlich-sozialistische Pol betrachtet umgekehrt den Menschen nur in seiner Eigenschaft als soziales Wesen (insbesondere als Mitglied einer Klasse), das Entscheidungszentrum für gesellschaftliche Prozesse liegt beim Staat, Macht wird primär durch die Staatsgewalt ausgeübt.

Positioniert man die unterschiedlichen Schulen innerhalb dieses Spektrums, so liegt der Neoliberalismus direkt beim (rechten) kapitalistisch-marktwirtschaftlichen Pol, rechts vom Zentrum ist der klassische Liberalismus anzusiedeln, links davon der Keynesianismus sowie korporatistische Konzepte wie die Katholische Soziallehre oder das Europäische Sozialmodell. Beim (linken) staatswirtschaftlich-sozialistischen Pol liegen die Schulen des Marxismus, für die der Staat das Instrument der „Diktatur des Proletariats“ ist.

7. Der „Totalitätsanspruch“ des Neoliberalismus

Neoliberale Theoretiker, insbesondere jene der Schule von Chicago beanspruchen mit ihrer Weltanschauung nicht nur die wichtigsten Zusammenhänge im Wirtschaftsleben erklären zu können, sondern auch die Interaktion der Menschen schlechthin (diesen Ansatz hat insbesondere der Nobelpreisträger Gary S. Becker entwickelt – siehe 1976 und 1996). So würde die Logik der Maximierung des individuellen Nutzens bei umfassender Konkurrenz („jeder gegen jeden“) alle wesentlichen Entscheidungen, Institutionen bzw. Verhaltensweisen im Zusammenleben von Menschen prägen wie etwa die Wahl eines Lebenspartners (vorzugsweise aus der gleichen sozialen Schicht zwecks Maximierung des Vermögens), die Institution der Ehe (eine Firma zwecks

Kinderzeugung) oder das Sorgen der Kinder um ihre alt gewordenen Eltern (letztere haben in der Erziehung durch „investment in guilt“ darauf geachtet, dass die Kinder später ein schlechtes Gewissen bekämen, wenn sie sich nicht um die Eltern kümmern – indem sie das dann tun, handeln sie eigennützig, weil sie ihr Gewissen beruhigen).

Der Totalitätsanspruch des Neoliberalismus kombiniert mit seinem einseitig-individualistischen Menschenbild macht ihn zu einer Ideologie, welche die Grundbedingungen menschlicher Existenz vernachlässigt und daher nicht „lebbar“ ist. Denn die „*conditio humana*“ ist wesentlich von Widersprüchen geprägt: Die Eigenschaften von Menschen können sich daher nur dann entfalten, wenn die Spannung der verschiedenen Widersprüche oder Polaritäten genützt und diese gleichzeitig bewahrt werden. Folgende widersprüchliche Eigenschaften/Haltungen/Verhaltensweisen prägen die „*conditio humana*“:

- Eigennutz und Altruismus (Solidarität kann als „sozialer Eigennutz“ verstanden werden und damit als Versuch, beide Pole zu integrieren)
- Individualismus und soziale Eingebundenheit
- Konkurrenz- und Kooperationsverhalten
- Rationalität und Emotionalität
- Materielle und immaterielle Bedürfnisse

Im Hinblick auf die Interaktion von Menschen kann man zwei „Cluster“ von (verwandten) Polen unterscheiden:

- Altruismus/Solidarität kombiniert mit sozialer Eingebundenheit und Kooperationsverhalten (plus Emotionalität als etwas mehr entfernter „Verwandter“)
- Eigennutz kombiniert mit Individualismus und Konkurrenzverhalten (plus Rationalität).

Welcher der beiden Pole die Interaktion zwischen Menschen dominiert, hängt von den unterschiedlichen (konzentrisch angeordneten) Lebensbereichen ab:

- Partnerschaft/Familie
- Freundeskreis/Nachbarschaft
- Organisationen der „Zivilgesellschaft“: Vereine, NGOs etc
- Unternehmen intern
- Markt (Unternehmen extern)
- Gesamtwirtschaft
- Staat/Politik bzw. Politik/Ökonomie
- Weltökonomie/Weltgesellschaft

Im Lebensbereich Familie wird etwa die Interaktion und damit das Zusammenleben besser gelingen, wenn es von solidarisch-kooperativem Verhalten geprägt wird, und nicht primär von Eigennutz und Konkurrenz. Das Gegenteil gilt für das Subsystem Markt: Zu diesem passen Eigennutz und Konkurrenz als Triebkräfte, nicht aber Altruismus und Kooperation (Absprachen von Anbietern und noch mehr Kartelle widersprechen der Marktlogik sogar diametral). Innerhalb eines Unternehmens hängt ein erfolgreiches Wirtschaften entscheidend davon ab, ob eine Balance gefunden bzw. organisiert werden kann zwischen Konkurrenz zwecks Steigerung des Leistungsanreizes der einzelnen Mitarbeiter einerseits, und Teamfähigkeit zwecks Steigerung der kollektiv erbrachten Leistungen.

Auf Grund dieser Zusammenhänge zwischen den spezifischen Aufgaben eines Subsystems und den entsprechenden Anforderungen an das Interaktionsverhalten von Menschen ließe sich folgende Beziehung vermuten: Je größer ein Subsystem ist und je weiter es daher über den persönlichen Lebensbereich hinausgeht, desto geringere Bedeutung hat die Rolle des sozial-kooperativen Verhaltens relativ eigennützig-konkurrenzgeprägter Interaktion. Diese Vermutung ist jedoch falsch, wie das Beispiel der Interaktion von Staaten im Rahmen der globalen Wirtschaft bzw. der Weltgesellschaft zeigt: Ein dominant nicht-kooperatives Verhalten von Volkswirtschaften oder Staaten im Verhältnis zueinander führt in letzter Konsequenz zu wirtschaftlichen oder militärischen Konflikten und verhindert so eine erfolgreiche Entwicklung des Globalsystems (ein Vergleich der internationalen Beziehungen während und nach der Weltwirtschaftskrise einerseits und in der Nachkriegszeit andererseits verdeutlicht diesen Zusammenhang).

Selbst innerhalb des Subsystems Ökonomie muss eigennützig-konkurrenzgeprägtes Verhalten lediglich auf Märkten dominieren als Voraussetzung für die Effizienz der Marktlösungen, innerhalb der Unternehmen und auf makroökonomischer Ebene ist es notwendig, die Prinzipien von Konkurrenz und Kooperation zu kombinieren, also das „Spannungsverhältnis“ zwischen beiden „Polen“ durch (partielle) Integration zu nützen²

² Das Konkurrenzprinzip ist deshalb das der Interaktion auf Märkten adäquate Prinzip, weil dadurch zweierlei erreicht wird. Erstens, das (rasche) Finden jenes Preises, bei dem Angebot und Nachfrage übereinstimmen (temporäres Gleichgewicht). Zweitens, Konkurrenz und Gewinnstreben stellen Anreize dar, den Gesamtoutput durch Investitionen und Innovationen zu erweitern und/oder zu verbessern. Die Existenz von Märkten stellt allerdings per se nicht sicher, dass beide Ziele auch erreicht werden. So dominieren auf den Finanzmärkten in wachsendem Maß kurzfristig-spekulative Transaktionen. Diese destabilisieren die wichtigsten Preise der Weltwirtschaft wie Wechselkurse, Rohstoffpreise und Aktienkurse, gleichzeitig erhöhen sie nicht den Output, sondern verteilen die Vermögen der Akteure lediglich um (Null-Summenspiele).

Im Bereich der Makroökonomie wird dies am Beispiel der Absicherung gegen Grundrisiken wie Unfall, Krankheit, Behinderung, Armut im Alter oder Arbeitslosigkeit deutlich. Sozialstaatliche Sicherungssysteme stabilisieren die Gesamtnachfrage und verbessern so die makroökonomische Performance, gleichzeitig stärken sie auch den sozialen Zusammenhalt einer Gesellschaft. Ein Beispiel für die Notwendigkeit der Kooperation auf internationaler Ebene stellen der globale Klimawandel und seine Folgen dar: Diese Probleme können nur durch kooperative Strategien auf der Ebene der internationalen Politik bewältigt werden, nicht aber durch das Prinzip der Marktkonkurrenz.

Fazit: Um befriedigend und erfolgreich leben zu können, müssen die Gewichte von Altruismus/Solidarität, sozialer Eingebundenheit und Kooperationsverhalten einerseits und von Eigennutz, Individualismus und Konkurrenzverhalten andererseits den Anforderungen der unterschiedlichen Lebensbereiche angepasst werden. Der sozial-kooperative Pol hat in den kleinen und den großen Bereichen mehr Gewicht, der individuell-konkurrenzdominierte Pol hat im Subsystem „Markt“ einen spezifisch hohen Stellenwert, nicht aber im System „Ökonomie“ an sich.

Der Neoliberalismus vernachlässigt die vielfältige Dualität und damit Widersprüchlichkeit der Menschen als Individuen und als soziale Wesen. Seine ökonomischen Theorien sind daher zwar logisch widerspruchsfrei, können aber (gerade deshalb) nicht als Basis für die Organisation eines menschengerechten Wirtschafts- und Sozialsystems dienen. Denn dieses muss mehrere Ziele verfolgen, die einander teilweise widersprechen wie Effizienz, individuelle Entfaltungsmöglichkeiten, soziale Sicherheit, Verbesserung der Umwelt, „faire“ Verteilung von Einkommen und Vermögen sowie gesellschaftlicher Zusammenhalt.

Es ist daher kein Zufall, dass die historisch beste Performance in ökonomischer und sozialer Hinsicht in der ersten Hälfte der Nachkriegszeit erreicht wurde, insbesondere in Europa. Denn die Politik orientierte sich damals an einer Vielzahl von Zielen („magische Vielecke“) und versuchte somit, Widersprüche zu integrieren: Konkurrenz auf Märkten und Kooperation in der Politik (sowohl zwischen den Sozialpartnern als auch in den internationalen Beziehungen), Förderung des Unternehmertums und Ausbau des Sozialstaats, Liberalisierung der Gütermärkte (national wie international) und Regulierung der Finanz- und Arbeitsmärkte, Dominanz der Marktprozesse auf mikroökonomischer Ebene und aktive Konjunktur-, Wachstums- und Beschäftigungspolitik auf makroökonomischer Ebene.

Das theoretische Fundament dieser Politik war der Keynesianismus. In Deutschland und Österreich wurde das Prosperitätsmodell als „Soziale Marktwirtschaft“ populär. Ursprünglich war dieser Begriff von neoliberalen

Ökonomen wie Müller-Atmack (1966) geprägt worden, er sollte dem durch die Weltwirtschaftskrise in Verruf geratenen Kapitalismus ein attraktives Gewand verleihen (Zinn, 1992; Schui-Blankenburg, 2002). Allerdings wurden die Befürworter der Sozialen Marktwirtschaft Opfer ihrer flexiblen Begriffsschöpfung: Bei steigendem Wohlstand und wachsender Wohlfahrt wurde „Soziale Marktwirtschaft“ im allgemeinen Verständnis zum Synonym und Leitbild für die erfolgreiche Kombination von leistungsstarker Wirtschaft und umfassendem Sozialstaat.

Eine entscheidende Voraussetzung für die Prosperität in der ersten Hälfte der Nachkriegszeit war die Tatsache, dass die Finanzmärkte weitgehend reguliert und somit anders behandelt wurden als die Gütermärkte. Dies trug dazu bei, dass das unternehmerische Gewinnstreben systematisch auf realwirtschaftliche Aktivitäten gelenkt wurde, das Kernstück realkapitalistischer Rahmenbedingungen.

8. Ende der Sackgasse

Die schrittweise Umgestaltung der Rahmenbedingungen auf nationaler, europäischer und globaler Ebene entsprechend der neoliberalen Weltanschauung stellt die wichtigste Ursache der sich seit den 1970er Jahren vertiefenden ökonomischen und sozialen Krise dar. Am stärksten beeinträchtigt wurde dadurch das europäische Sozialmodell, da es in viel höherem Ausmaß auf Vollbeschäftigung und damit auf realkapitalistische Rahmenbedingungen angewiesen ist als das US-amerikanische Modell.

Überdies prägte der Neoliberalismus die Weltanschauung der Eliten in Wissenschaft, Medien und Politik in Europa viel stärker als etwa in den USA. Die europäischen Eliten empfahlen und exekutierten eine neoliberale Politik als Therapie für eine Krankheit, für deren zentralen Herd sie den Sozialstaat hielten. Dadurch haben sie wesentlich zum Anstieg von Unsicherheit und Ungleichheit in der Gesellschaft beigetragen.

Den weitaus größten Schaden richtete der Neoliberalismus aber „durch die Hintertür der Entfesselung der Finanzmärkte“ an. Durch die Verlagerung des Profitstrebens von realwirtschaftlichen Aktivitäten zu Finanzveranlagung und -spekulation wurde das Wirtschaftswachstum nachhaltig gedämpft, Arbeitslosigkeit und Staatsverschuldung stiegen, und diese Probleme dienten als „Sachzwänge“ für neoliberale „Reformen“.

Mit dem gleichzeitigen Boom von Immobilienpreisen, Aktienkursen und Rohstoffpreisen zwischen 2003 und 2007 erreichte der Finanzkapitalismus seine finale „Euphoriephase“, mit der nachfolgenden „Schubumkehr“ dieser Preise und damit dem Beginn des dreifachen Entwertungsprozess von Vermögen, kippte die Entwicklung in eine neue Weltwirtschaftskrise. Die

Talsole im langen Zyklus ist wieder erreicht, ihre Überwindung durch ein Verlernen des alten „laissez-faire“ und die Entwicklung neuer Konzepte, welche die wichtigsten Widersprüche zu integrieren versucht, wird einige Jahre dauern. In dieser Übergangsphase werden so weltweit die (Über)Lebensbedingungen jener Menschen am meisten verschlechtert, welche am allerwenigsten am Boom des Finanzkapitalismus beteiligt waren.

Literaturhinweise

- Fleck, L., Entstehung und Entwicklung einer wissenschaftlichen Tatsache, Bern, 1935.
- Müller-Armack, A., Wirtschaftsordnung und Wirtschaftspolitik, Freiburg, 1966.
- Rothschild, K., Die politischen Visionen großer Ökonomen, Stämpfli Bern, Wallstein Göttingen, 2004.
- Schui, H., Blankenburg, S., Neoliberalismus: Theorie, Gegner, Praxis, VSA-Verlag, Hamburg, 2002.
- Schulmeister, S., Purchasing Power Parities for Tradables, Exchange Rates and Price Competitiveness, with financial support from: Anniversary Fund of the Oesterreichische Nationalbank, WIFO-Monographs 7/2005.
- Schulmeister, S., „Globalization without global money: the double role of the dollar as national currency and as world currency“, Journal of Post Keynesian Economics, 2000, 22(3).
- Schulmeister, S., „Das neoliberale Weltbild – wissenschaftliche Konstruktion von „Sachzwängen“ zur Förderung und Legitimation sozialer Ungleichheit“ in Klug, F., Fellmann, I. (Hrsg.), Schwarzbuch Neoliberalisierung und Globalisierung, IWK-Schriftenreihe 115, Linz, 2006, S. 153–176.
- Schulmeister, S., Trading Practices and Price Dynamics in Commodity Markets and the Stabilizing Effects of a Transaction Tax, Study of the Austrian Institute of Economic Research (WIFO) Vienna, January 2009.
- Zinn, K. G., Soziale Marktwirtschaft, Idee, Entwicklung und Politik der bundesdeutschen Wirtschaftsordnung, Mannheim, Leipzig, Wien, Zürich, BI-Taschenbuchverlag, 1992.

Gerechtigkeit in Gesundheit und Pflege